

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 28. November 2025

Dossier Nr. 11944, «10vor10» vom 28. Oktober 2025 – «USA wirft RSF Völkermord vor»

Sehr geehrter Herr X

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 28. Oktober 2025, mit dem Sie obigen Beitrag wie folgt beanstanden:

«Ich reiche hiermit eine Beschwerde ein gegen die Berichterstattung von SRF mit Blick auf die Anwendung der Begriffe „Genozid“ und „Völkermord“ – insbesondere im Vergleich zwischen dem Konflikt im Sudan und dem Konflikt im Gazastreifen & Westbank (Palästina).»

Sachverhalt

- *In einem persönlichen Schreiben teilte mir eine SRF-Mitarbeiterin mit, dass SRF wegen eines noch nicht ergangenen Urteils des Internationaler Gerichtshof (IGH) im Fall Gaza auf die Verwendung der Begriffe „Genozid“ bzw. „Völkermord“ verzichte.*
- *Gleichzeitig zeigt die Berichterstattung von SRF zum Sudan-Konflikt, dass diese Begriffe selbständig verwendet werden, ohne dass ein entsprechendes Urteil des IGH vorliegt.*

Belege

1. *„Genozid im Sudan – 10 vor 10“, SRF. Link: <https://www.srf.ch/play/tv/10-vor-10/video/genozid-im-sudan?urn=urn%3Asrf%3Avideo%3Abb7ad64c-8acd-41af-a432-3fa498c4c54a>*
Satzstelle: „# Genozid im Sudan“ (Titel) – deutliche Nutzung des Begriffs Genozid.

2. „Genozid im Sudan“ – Tagesschau, SRF.

Link: <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/genozid-im-sudan?urn=urn%3Asrf%3Avideo%3A6f6090f4-ddeb-46ab-8716-0c28614e9a54>

Satzstelle: „Seit bald eineinhalb Jahren ... brandschatzend und mordend durch die Region.“ – Überschrift „Genozid im Sudan“.

3. „Sudan: USA wirft RSF Völkermord vor“, SRF Audio & Podcast.

Link: https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/sudan-usa-wirft-rsf-voelkermord-vor?partId=Vj7Zq_aZSBMBcq5UU6z7SIgO3cE

Satzstelle: „Nun haben die USA das Vorgehen der RSF-Miliz offiziell als Völkermord bezeichnet ...“ – hier wird „Völkermord“ verwendet.

Beanstandung

- Die Begründung seitens SRF, im Gaza-Konflikt auf die Verwendung von „Genozid“ / „Völkermord“ zu verzichten mit Verweis auf ein ausstehendes IGH-Urteil, wird nicht konsistent angewandt.
- Im Sudan-Konflikt verwendet SRF dieselben Begriffe (siehe oben Punkte 1-3) ohne, dass ein entsprechendes Urteil vorliegt — was eine unterschiedliche Maßstäblichkeit suggeriert.
- Diese inkonsistente Wortwahl beeinträchtigt die journalistischen Prinzipien der Sachgerechtigkeit, Unabhängigkeit und Verlässlichkeit gemäß den Richtlinien von SRF bzw. den SRG-Richtlinien.

Antrag

Ich ersuche Sie höflich um:

1. eine Erklärung, welche Kriterien SRF bei der Entscheidung für oder gegen die Verwendung der Begriffe „Genozid“ bzw. „Völkermord“ anwendet.
2. eine Prüfung, ob in den genannten Fällen eine ungleichbehandelte Anwendung dieser Begriffe vorliegt.
3. eine schriftliche Stellungnahme, wie künftig eine konsistente Anwendung dieser Terminologie gewährleistet wird.

Ich bitte um Bestätigung des Eingangs und um offizielle Erfassung dieser Beschwerde gemäss Art. 91 RTVG. Das beiliegende Schreiben vom 8. Oktober 2025 dient als Referenz (Dossier Nr. 11895).

Die Ombudsstelle hält abschliessend fest:

Die von Ihnen erwähnten Berichte im «10vor10» und in der «Tagesschau» stammen aus dem Jahr 2004. In den Reportagen wird betont, dass «Hilfsorganisationen» bzw. «Beobachter» von Genozid bzw. ethnischer Säuberung sprechen («10vor10» vom 26.5.2004). im «Tagesschau»-Bericht vom 24. August 2004 heisst es in der Reportage, «der amerikanische Kongress hat den Konflikt...offiziell als Genozid eingestuft». Allerdings wurden die beiden Beiträge im Titel auf der SRF-Webseite mit «Genozid im Sudan» überschrieben und ist die Einschätzung deshalb der Redaktion zuzuschreiben.

Im «Echo der Zeit»-Bericht vom 9. Januar 2025 heisst es, «nun haben die USA das Vorgehen der RSF-Miliz offiziell als Völkermord bezeichnet». Und im Titel steht korrekt «Sudan: USA wirft RSF Völkermord vor». Nicht SRF sagt oder schreibt das, sondern die USA.

Die heute praktizierte Handhabung von SRF ist also klar: Die Redaktion gibt wieder, wenn Regierungen, Hilfsorganisationen etc. von «Genozid» oder «Völkermord» sprechen, macht sich den Begriff aber nicht zu eigen. Es sei denn, der Internationale Gerichtshof in Den Haag hätte ein solches Urteil gefällt. Dass vor 21 Jahren anders betitelt wurde als heute, spricht für SRF: Der Sender verhält sich heute äusserst sorgfältig und korrekt.

Ein Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes liegt dementsprechend nicht vor.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz